

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln

An die
Vorsitzende des Hauptausschusses

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 17.08.2020

AN/1008/2020

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	17.08.2020

Siedlung Egonstraße in Stammheim sichern und weiterentwickeln!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 17.08.2020 aufzunehmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Siedlung Egonstraße in Stammheim als baurechtlichen Innenbereich im Sinne von § 34 BauGB zu behandeln,
2. den preiswerten Wohnraum der Siedlung Egonstraße in Stammheim nachhaltig zu erhalten und den Bewohner*innen dadurch eine Entwicklungsperspektive zum Erhalt, zur Renovierung und zur maßvollen Nachverdichtung der Häuser z. B. durch Aufstockung zuzusichern. Auch die Vergabe von Erbbaurechten soll geprüft werden.
3. eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bewohner*innen, der Fachverwaltung, insbesondere des Wohnungsamtes und eines zu beauftragenden Architektur- und Statik-Büros einzurichten, die am Beispiel der leerstehenden Wohnhäuser Egonstr.151 und 153 die vorhandene Bausubstanz, Maßnahmen zum Erhalt, zur Renovierung, zu einer

möglichen Erweiterung durch Anbau oder Aufstockung und eine maßvolle Nachverdichtung auf Grundstücken von abgerissenen Gebäuden untersucht, dazu Vorschläge und Leitlinien auch für die gesamte Siedlung entwickelt und in einem Maßnahmen- und Kostenplan zusammenfasst,

4. das durch einen Brand vor zwei Jahren an der Gartenseite leicht beschädigte Wohnhaus Egonstr.100 und erst durch den Einbau von wirkungslosen Behelfsstützen 2 Jahre lang unbewohnbar gemachte Gebäude sofort und unter Mitwirkung eines Statikers den notwendigen Renovierungsmaßnahmen zuzuführen. Damit wird das Wohnhaus mit geringem und absolut vertretbarem Aufwand wieder bewohnbar gemacht und der für die Familie mit Kindern und einem kranken Vater seit zwei Jahren herrschende skandalöse wohnungslose Zustand auf der Stelle beendet.

Begründung:

Am 18. Mai 2020 hat der Liegenschaftsausschuss beschlossen, dass die Mieter*innen die Wohngebäude der Siedlung Egonstraße auf Basis der geltenden Mietvereinbarungen weiterhin unbefristet nutzen können. Zudem hat er beschlossen, dass keine weiteren Wohngebäude abgerissen werden.

Laut Presseberichterstattung hindert dies die Verwaltung offensichtlich nicht daran, Häuser in der Siedlung Egonstraße weiter zu entmieten. Die Oberbürgermeisterin stellt das Bleiberecht der Mieter*innen und eine Zukunftsperspektive für die Bewohner*innen sogar in Abrede.

Angesicht der massiven Fehlbedarfe auf dem Wohnungsmarkt, den insbesondere Oberbürgermeisterin Reker zu verantworten hat, ist diese Aussage ein Frontalangriff gegen bezahlbaren Wohnraum. Er bestätigt auf eindrückliche Weise, welchen Stellenwert die Wohnungspolitik für die aktuelle Stadtspitze hat.

Die Antragsteller hingegen plädieren eindrücklich dafür, bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Die Möglichkeiten, die das Baugesetzbuch für die Entwicklung der Siedlung laut externer anwaltlicher Begutachtung bietet, müssen genutzt werden. Daher muss die Verwaltung endlich einen Paradigmenwechsel hinsichtlich der baurechtlichen Einordnung der Siedlung Egonstraße vornehmen. Wird diese als Innenbereich nach § 34 BauGB betrachtet, ist eine

Sicherung und die Erarbeitung eines Zukunftskonzepts unter Beteiligung der Bewohner*innen möglich und anzustreben.

Unmittelbar geholfen werden muss jedenfalls der Familie im Wohnhaus Egonstraße 100, die nach einem Hausbrand im Wohnwagen leben muss – dieser Fall wurde bisher von der Verwaltung verschwiegen. Hier müssen dringend die erforderlichen Renovierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Eine Dringlichkeit ergibt sich bereits daraus, dass die Oberbürgermeisterin offenbar alles daran setzt, die Siedlung Egonstraße nicht zu erhalten. Dem ist eine eindeutige Beschlussfassung entgegen zu setzen. Eine weitere Begründung ergibt sich daraus, der zurzeit im Wohnwagen lebenden Familie, Mieter*innen des Hauses Egonstraße 100, endlich wieder ein würdiges Dach über dem Kopf zu verschaffen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Rafael Struwe
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
LINKE-Fraktionsgeschäftsführer